

Chancen und Risiken durch TTIP – Eine Einführung

Dr. Thieß Petersen

Leer, 2. November 2015

Ausgangsthese:
**Wirtschaftliche Integration erhöht Wirtschaftswachstum
in allen betrachteten Ländern**

Begründung dieser These (I)

Abbau von Handelshemmnissen senkt Preise für importierte Güter



Kaufkraft der inländischen Konsumenten ↑



Heimische Konsumnachfrage ↑

Abbau von Handelshemmnissen steigert den grenzüberschreitenden Handel



Exporte ↑



Nachfrage nach Vorprodukten ↑

Inländische Produktion ↑
Inländische Beschäftigung ↑

Begründung dieser These (II)

Produktion für einen größeren Markt erlaubt **Ausnutzung von Massenproduktionsvorteilen** und senkt Produktionskosten, also

auch Preise \Rightarrow Kaufkraft \uparrow

\Rightarrow Nachfrage \uparrow

\Rightarrow Produktion \uparrow

Abbau von Handelshemmnissen erhöht die **Anzahl der Konkurrenten** \Rightarrow Wettbewerbsdruck \uparrow

\Rightarrow Zwang zu technischem Fortschritt \uparrow

\Rightarrow Preise \downarrow

\Rightarrow Kaufkraft \uparrow

\Rightarrow Nachfrage \uparrow

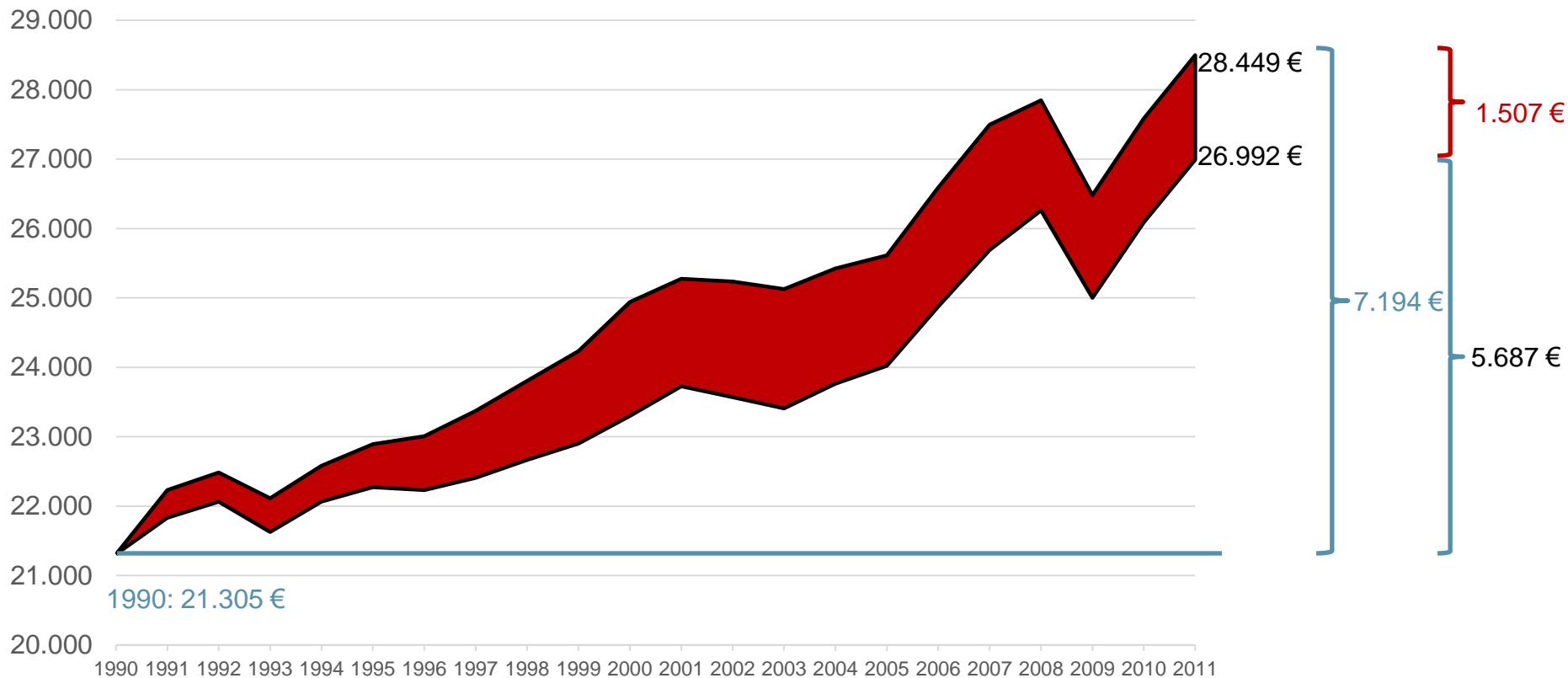
\Rightarrow Produktion \uparrow

„Globalisierungsreport 2014“

Zentrale Fragestellung: Wer hat in der Zeit zwischen 1990 und 2011 am stärksten von der voranschreitenden Globalisierung profitiert (Indikator: reales BIP je Einwohner)?

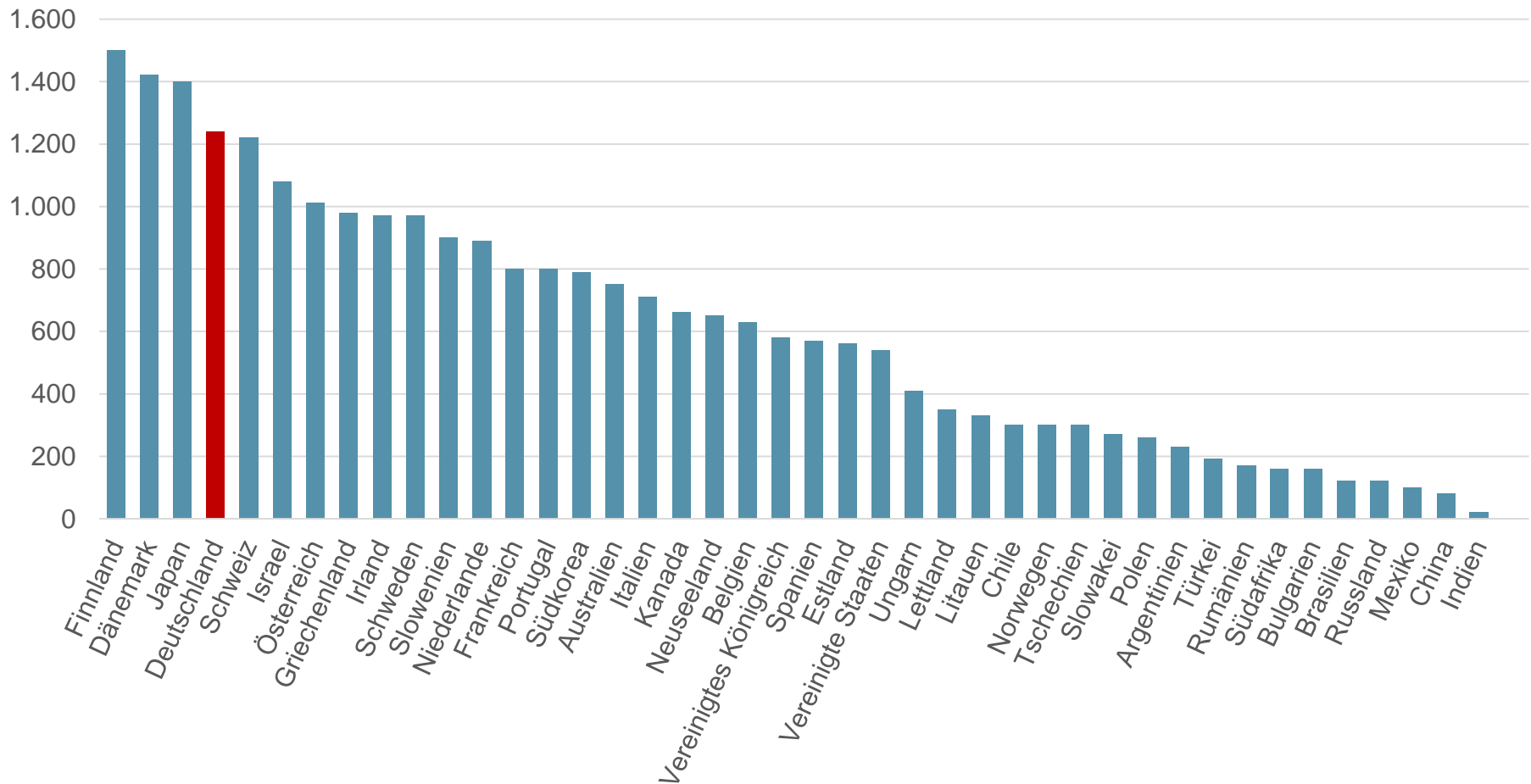
Globalisierung wird dabei **umfassend verstanden** und bezieht sich neben den wirtschaftlichen Verflechtungen auch auf die politischen und sozialen Verflechtungen (Index von 0 bis 100).

Entwicklung des realen BIP pro Kopf (in Euro) zwischen 1990 und 2011: tatsächlich und hypothetisch (c. p. ohne voranschreitende Globalisierung) für Deutschland

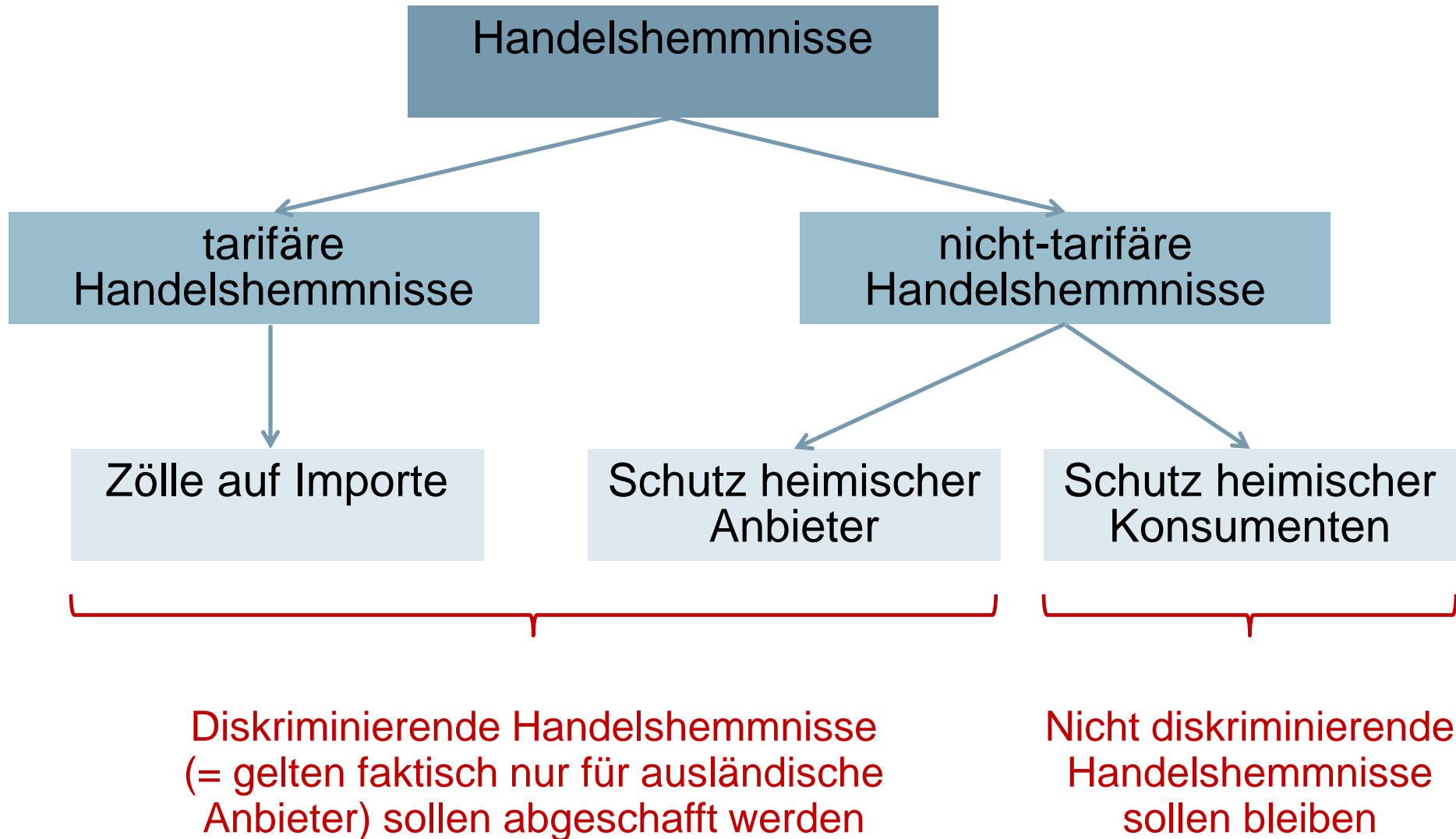


■ Summe der globalisierungsinduzierten Zuwächse des realen BIP je Einwohner von 1990 bis 2011: 26.100 Euro (durchschnittlich 1.240 Euro pro Jahr)

Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs des realen BIP je Einwohner infolge der zunehmenden Globalisierung im Zeitraum von 1990 bis 2011 (Angaben in Euro)



Begriffliche Klärung



Einordnung einzelner Handelshemmnisse

Maßnahme	Diskriminierend	Nicht diskriminierend
Verbot der Einfuhr von mit Hormonen behandeltem Fleisch		X
Verbot der Einfuhr von Geflügelfleisch mit chemischer Oberflächenbehandlung		X
Verbot der Einfuhr von PKWs mit roten Rückblinkern	X (?)	

Grundlegende ökonomische Herangehensweise zur Schätzung der ökonomischen Effekte eines transatlantischen Freihandelsabkommens

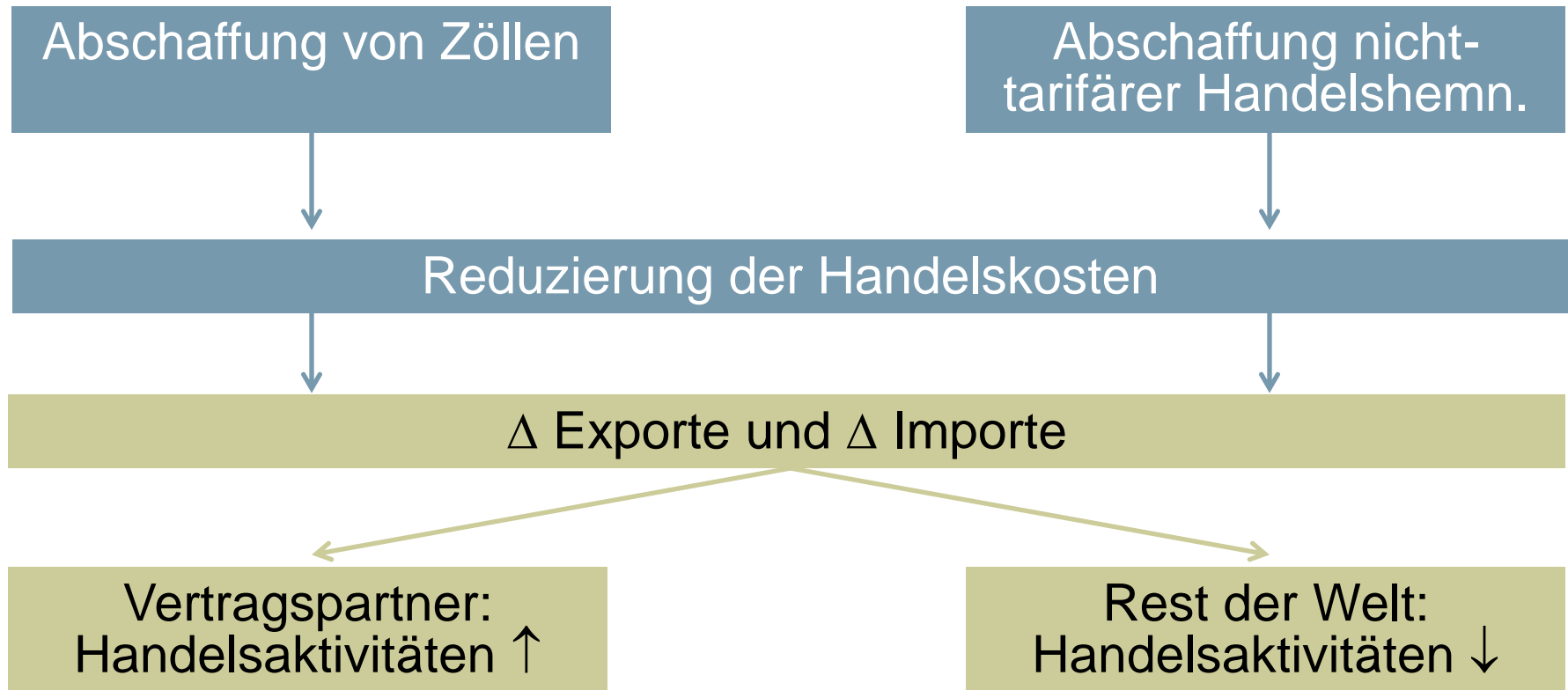
Abschaffung von Zöllen

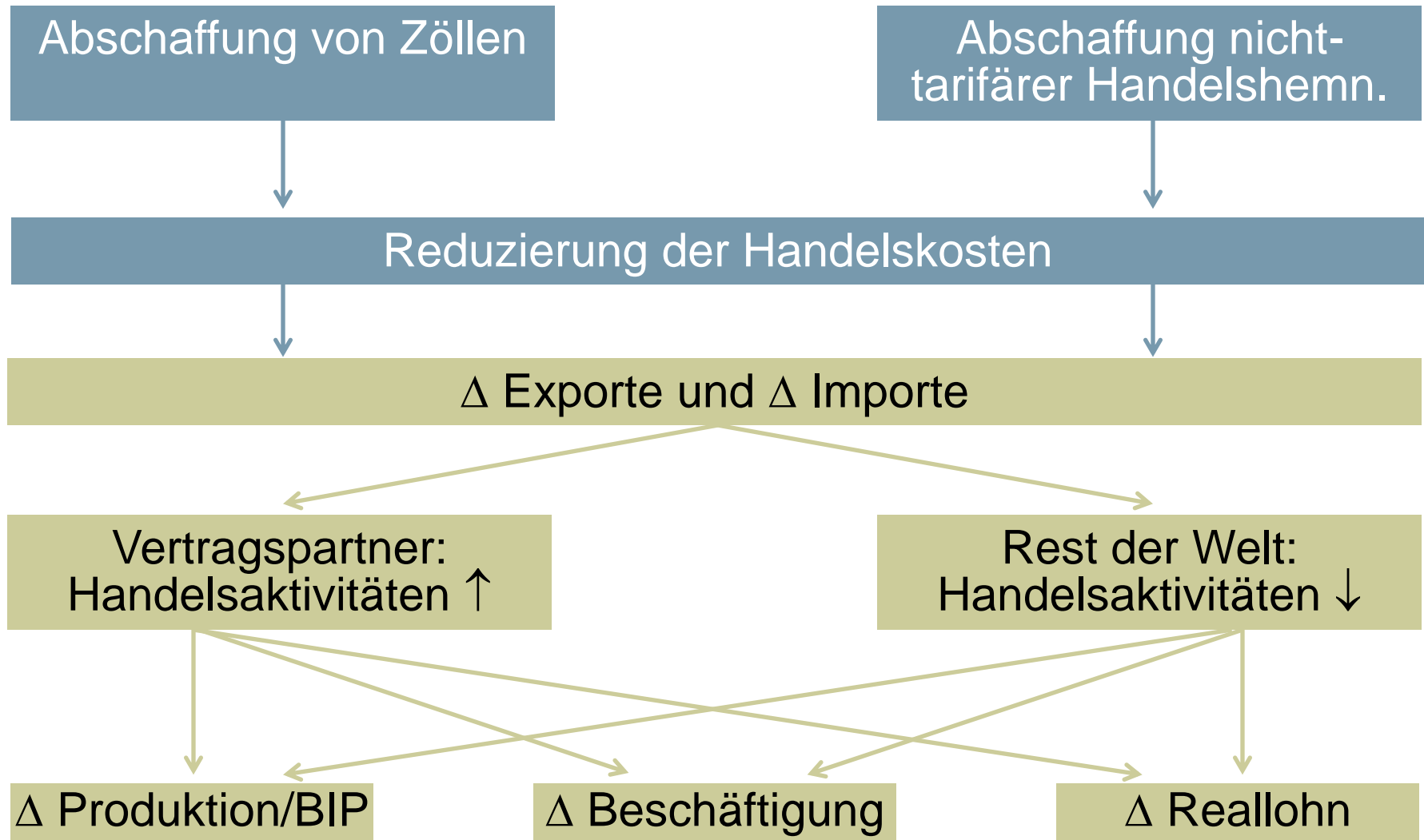


Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmn.



Reduzierung der Handelskosten





Berechnungen zur Schätzung der ökonomischen Effekte eines transatlantischen Freihandelsabkommens

Methodische Vorbemerkung

- Die bisher existierenden Berechnungen unterscheiden sich in vielen Bereichen und **Annahmen**:
 - **Mikrostudien** versus **Makrostudien**
 - **Angenommene** Handelseffekte versus **ökonometrisch geschätzte** Handelseffekte
 - Auswahl der betrachteten **Länder** und des betrachteten **Zeitraums**
 - **Tiefe des Freihandelsabkommens** (nur Zölle, Abbau weniger oder vieler nicht tarifärer Handelshemmnisse)

- Berechnung der **Langfristeffekte** (10 bis 15 Jahre)

Große Unterschiede bei den ersten TTIP-Studien (2013)

Veränderung des langfr. realen BIP je Einwohner in	ifo für BMWi (Februar 2013)		CEPR für EU (März 2013)	
	nur Zölle	tiefes TTIP	TTIP „seicht“	TTIP „tief“
Deutschland	+ 0,24%	+ 4,68%	k. A.	k. A.
EU-27	+ 0,27%	+ 4,95%	+ 0,27%	+ 0,48%
USA	+ 0,75%	+ 13,38%	+ 0,21%	+ 0,39%

Negative Effekte für den Rest
der Welt

Keine negativen Effekte für den
Rest der Welt

Ergebnisse der TTIP-Folge-Studien (2014) nähern sich an

Veränderung des langfr. realen BIP je Einwohner in	Felbermary et al 2014 (≈ ifo)		Egger et al 2014 (≈ CEPR)	
	nur Zölle	Basis-Szenario	nur Zölle	Basis-Szenario
Deutschland	+ 0,28%	+ 3,48%	+ 0,09%	+ 1,08%
EU-27	+ 0,32%	+ 3,94%	+ 0,10%	+ 1,07%
USA	+ 0,41%	+ 4,89%	+ 0,06%	+ 0,40%

Negative Effekte für den Rest
der Welt

Negative Effekte für den Rest
der Welt

Ergebnisse der TTIP-Folge-Studien (2014) nähern sich an

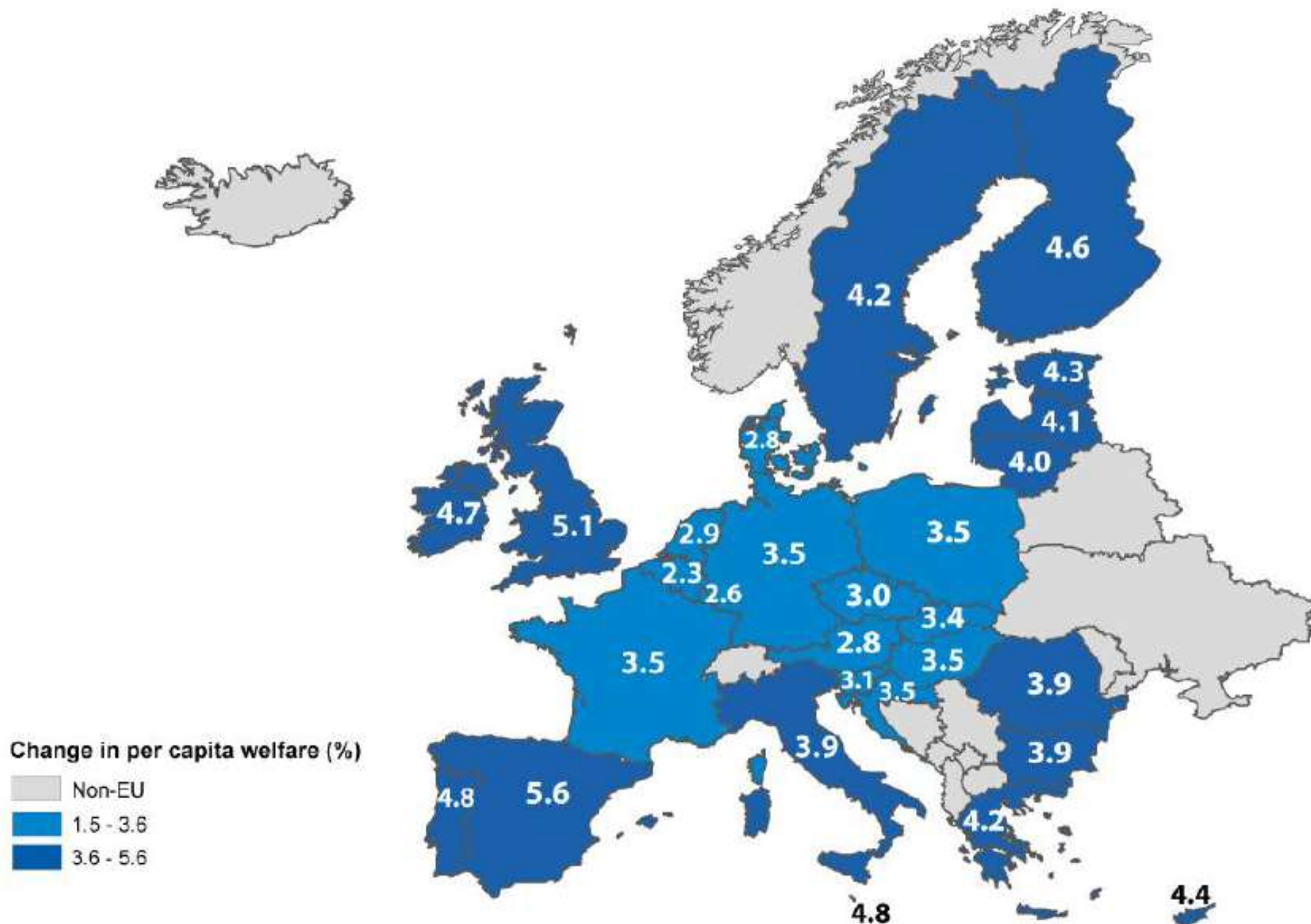
Veränderung des langfr. realen BIP je Einwohner in	Felbermary et al 2014 (\approx ifo)		Egger et al 2014 (\approx CEPR)	
	nur Zölle	Basis-Szenario	nur Zölle	Basis-Szenario
Deutschland	+ 0,28%	+ 3,48%	+ 0,09%	+ 1,08%

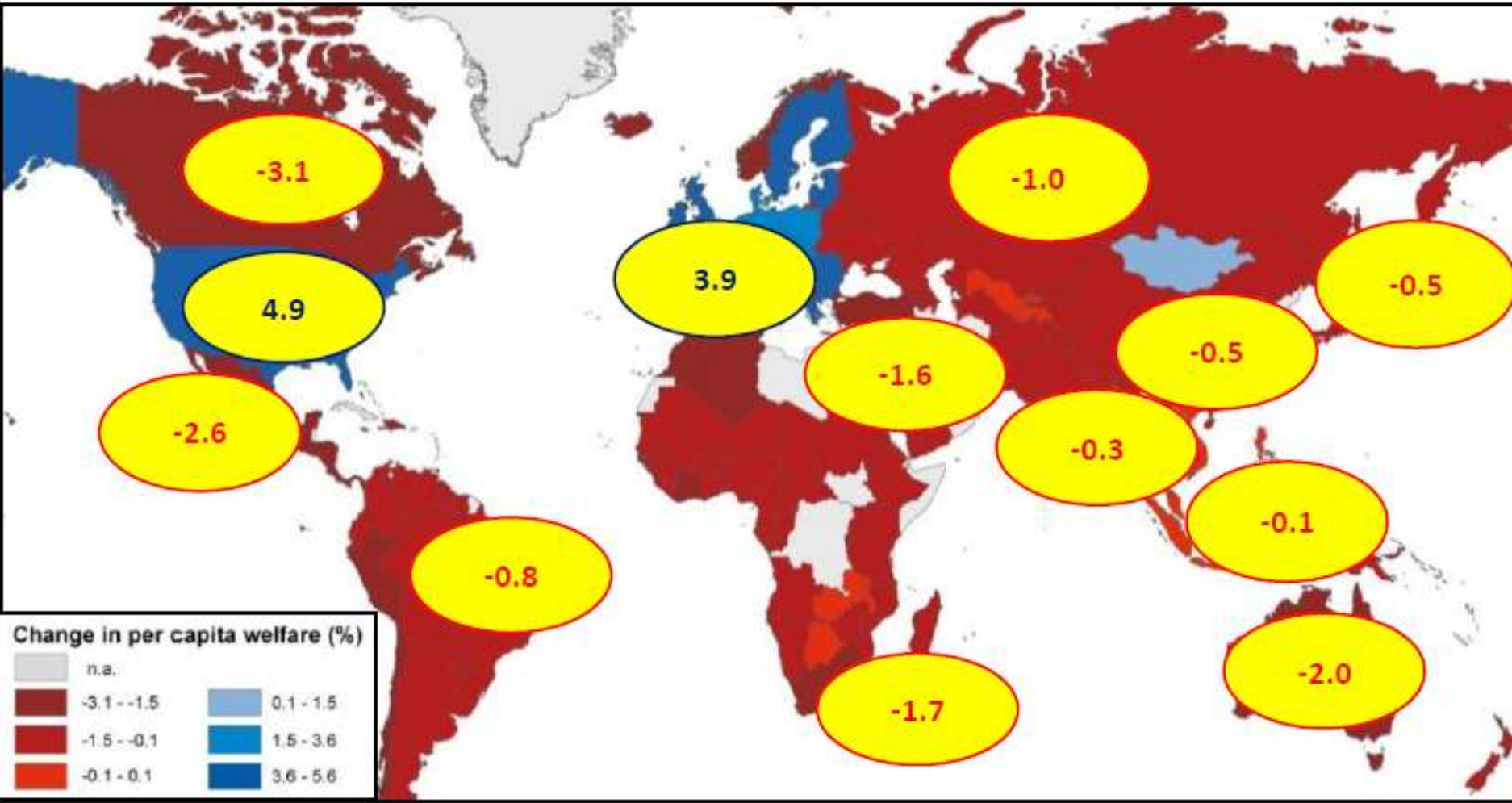
Zum Vergleich:

Das BIP je Einwohner lag 2014 bei 35.230,- Euro.

3,48% \approx 1.225,- Euro

1,08% \approx 380,- Euro





Trotz aller Unterschiede gibt es folgende Gemeinsamkeiten bei den bisher vorliegenden Berechnungen

- Die USA und die (27 bzw.) 28 EU-Staaten profitieren **alle** in Form eines **höheren realen BIP je Einwohner**.
- Die Preise für importierte Produkte aus USA und der EU sinken, also **steigt** die **Kaufkraft** der Bürger in USA und in der EU.
- Da die Zölle im transatlantischen Handel sehr niedrig sind, bringt die alleinige Abschaffung von **Zöllen** nur **wenig Wachstumsimpulse**.
- In den meisten Studien gibt es für die Länder, die **an TTIP nicht beteiligt** sind, **negative BIP-Effekte** (gilt vor allem für die traditionellen Handelspartner, also Kanada, Mexiko, Australien und Japan, aber auch Afrika).
- Das BIP der Welt als Ganzes steigt, TTIP ist also **kein Null-Summen-Spiel**.

Grenzen des ökonomischen Ansatzes

Ökonometrischer Modelle sind nur eine vereinfachte Abbildung der Realität

- **Schätzfehler** möglich (Datenmängel, Scheinkorrelationen, Nichterfassung zentraler Ursachen etc.)
- **Übertragbarkeit** vergangener Geschehnisse auf zukünftige Geschehnisse **fraglich** (exogene Schocks, Verhaltensänderungen der Akteure etc.)
- Keine Berücksichtigung von **Folgewirkungen** wegen c.p.-Annahme
- Geschätzte Koeffizienten beschreiben nur **durchschnittliche Effekte** (z. B. durchschnittlicher Effekte eines Handelsabkommens auf Handelsströme)

These: Ein „Educated guess“ ist besser als ein Blindflug.

Was Makroökonomien alles **nicht** berücksichtigen

- Verbraucherschutz (gentechnisch veränderte Nahrung etc.)
- Fragen des Datenschutzes
- Prozessfragen: Wie kommen wir zu einem Freihandelsabkommen?
- Investitionsschutzabkommen (Investor State Dispute Settlements)
- Politische Konsequenzen/Schäden (Schwellenländer)
- Bewertung von Umverteilungswirkungen
- Saldierung aller Vor- und Nachteile inkl. Gesamtbewertung

Zentrale Kritikpunkte der Menschen an TTIP

Befürchtung: TTIP schwächt Verbraucherschutzrechte

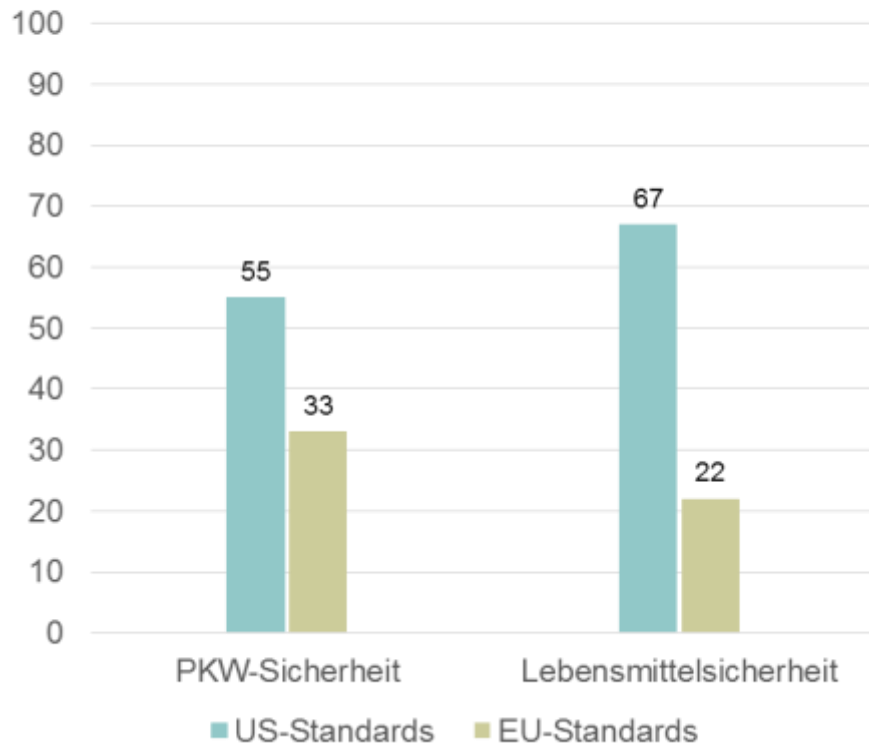


Quelle

<http://netzfrauen.org/2014/04/05/ttip-wollen-wir-europaeer-das-hormonfleisch-geklonte-tiere-gen-lebensmittel-chlorhuehner-aufgeweichte-kennzeichnungspflicht/>

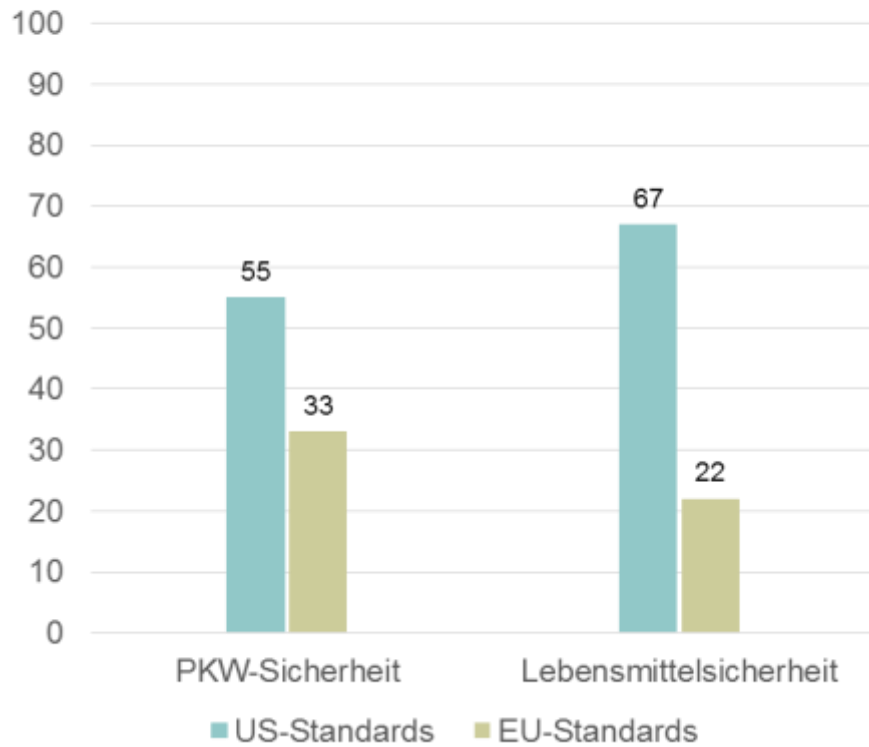
Amerikaner vertrauen eher den eigenen Schutzstandards

Welchen Standards trauen die Amerikaner mehr
(Angaben in %)

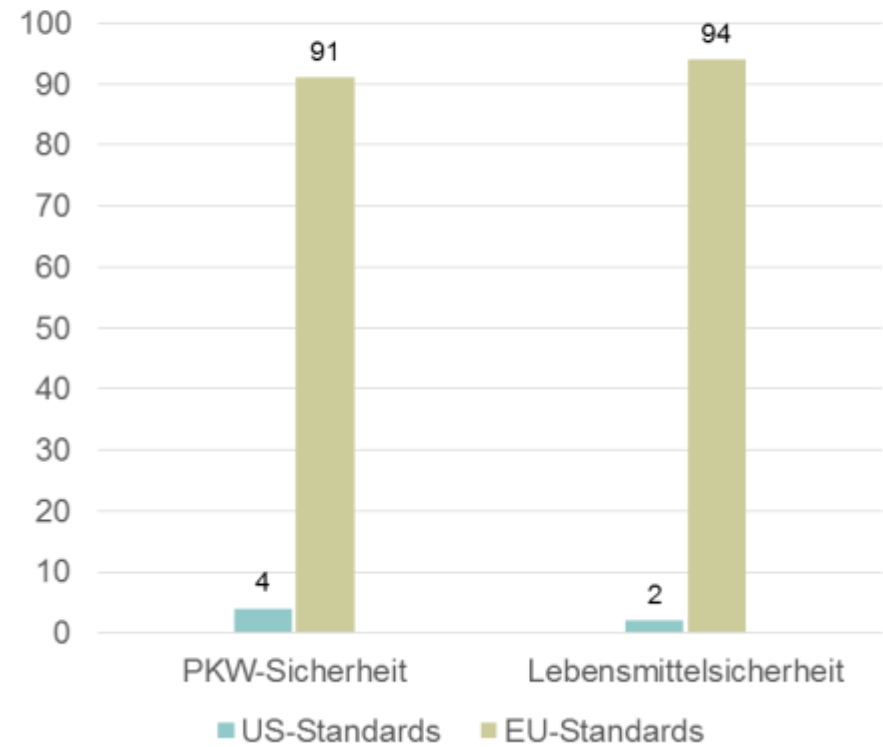


Deutsche misstrauen den US-Schutzstandards

Welchen Standards trauen die Amerikaner mehr
(Angaben in %)



Welchen Standards trauen die Deutschen mehr
(Angaben in %)



Offizieller Standpunkt der EU und der Bundesrepublik Deutschland

- Normen und Verfahren werden angenähert, ohne dass der **Verbraucherschutz** eingeschränkt wird.
- **Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerschutz und Umweltschutz** stehen nicht zur Disposition, also z. B. konkret:
 - Kein Import von hormonbehandeltem Fleisch.
 - Kein Import von Chlorhühnchen.
- Im Bereich der **öffentlichen Daseinsvorsorge** (z. B. Wasserversorgung) verlangt das Verhandlungsmandat, dass die hohe Qualität der Daseinsvorsorge erhalten bleibt.
- **Audiovisuelle Dienstleistungen** (Rundfunk, Filmförderung etc.) sind nicht im Verhandlungsmandat enthalten.
- Das **öffentliche Gesundheitswesen** wird nicht in TTIP verhandelt.

Bekräftigung hoher Schutzstandards in der aktuellen EU-Handelsstrategie (veröffentlicht am 14.10.2015, hier S. 18)

Die Kommission

- sagt im Einklang mit der derzeitigen Handelspolitik der EU zu, dass kein Handelsabkommen der EU zu einem niedrigeren Niveau beim Verbraucher- und Umweltschutz, beim sozialen Schutz oder beim Arbeitsschutz führen wird, als es derzeit in der Europäischen Union herrscht, und dass kein solches Abkommen die Fähigkeit der EU und der Mitgliedstaaten einschränken wird, künftig auf der Grundlage des Maßes an Schutz, das sie für angemessen halten, Maßnahmen zur Erreichung legitimer Allgemeinwohlziele zu ergreifen. Veränderungen aufgrund eines Handelsabkommens dürfen nur zu einem Mehr an Schutz führen
- wird in Zusammenarbeit mit Verbraucherverbänden, Sachverständigengruppen und maßgeblichen zivilgesellschaftlichen Organisationen sicherstellen, dass Handel und Investitionen zu den Erwartungen der Verbraucher passen, und
- wird die Auswirkungen der Handelspolitik auf Verbraucher sowohl in Folgenabschätzungen als auch in Ex-post-Bewertungen eingehender analysieren

Investitionsschutzabkommen (ISDS) beschränken staatliche Handlungsfähigkeit

- Schutz von Investitionen vor staatlicher Enteignung durch ausländische Staaten.

- Grundzüge dieser Schiedsverfahren:
 - 3 Personen (Anwalt Kläger, Anwalt Staat, Schiedsrichter)
 - Kein öffentliches Verfahren
 - Entscheidung ist bindend (keine Berufung)

- Kritik:
 - Auch indirekte Enteignung (erwartete Rendite beeinträchtigt)
 - Sonderklagerecht für ausländische Unternehmen
 - Staaten unterlassen aus Angst vor Schadensersatz politische Maßnahmen (Vorgaben für Zigarettenschachteln, Mindestlohn, Verbot von Chemikalien etc.)

Brauchen die EU und die USA ein Investitionsschutzabkommen?

„Um die zu erwartenden ökonomischen Vorteile von TTIP ernten zu können, sollte es eigentlich ausreichend sein, nur die Handelsfragen zu klären und den Investorenschutz vollständig auszuklammern.“

(Hennig Klodt, Institut für Weltwirtschaft, 2015, S. 8).

„Investitionsschutzvorschriften sind in einem Abkommen zwischen den USA und der EU grundsätzlich nicht erforderlich und sollten nicht mit TTIP eingeführt werden.“

(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/DGB, 18.09.2014, S. 2)

Vorschlag der EU Kommission vom 16.09.2015: Schaffung einer neuen Investitionsgerichtsbarkeit

- **Öffentliche Gerichtsbarkeit** mit öffentlicher Anhörung
- **Öffentlich bestellte Richter** mit einem Profil analog zu anderen ständigen internationalen Gerichten (z. B. Internationaler Gerichtshof)
- Erste Instanz und **Berufungsinstanz**
- Genaue **Festlegung möglicher Streitfälle** (Diskriminierung, Enteignung ohne Entschädigung etc.)

Intransparenz und Ausschluss der Öffentlichkeit



Deutscher Bundestag

TTIP: Abgeordnete fühlen sich schlecht informiert

FREIHANDELSZONE

Die EU verspielt eine große Chance

Eine Freihandelszone mit den USA könnte viele neue Jobs schaffen. Dafür müssten die Verhandlungen aber offen und transparent sein. Brüssel scheint dazu nicht bereit. EIN

GASTBEITRAG VON EVELINE LEMKE

ÄRZTESCHAFT

Weltärztebund: Kritik an Intransparenz bei TTIP-Verhandlungen

Freitag, 30. Mai 2014

TTIP – Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat

Zuständigkeit in der EU für Außenhandelsfragen

(Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union)

Artikel 207
(ex-Artikel 133 EGV)

(1) Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, für den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die den Handel mit Waren und Dienstleistungen betreffen, und für die Handelsaspekte des geistigen Eigentums, die ausländischen Direktinvestitionen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik sowie die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen. Die gemeinsame Handelspolitik wird im Rahmen der Grundsätze und Ziele des auswärtigen Handelns der Union gestaltet.

(2) Das Europäische Parlament und der Rat erlassen durch Verordnungen gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen, mit denen der Rahmen für die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik bestimmt wird.

Rechtsgutachten für das BMWi erstellt von Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale), Universität Bielefeld, 24.08.2014

- **Fragestellung:** Stellt das geplante Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) ein gemischtes Abkommen dar?

- **Ergebnis** (Seite 27): „Das CETA ist als gemischtes Abkommen zu schließen. Die EU verfügt alleine nicht über hinreichende Kompetenzen für sämtliche im CETA behandelten Materien.“

- **Konsequenz eines gemischten Abkommens:**
 - Ratifizierung durch die EU und durch die 28 Mitgliedstaaten
 - In Deutschland: Zustimmung von Bundestag und Bundesrat

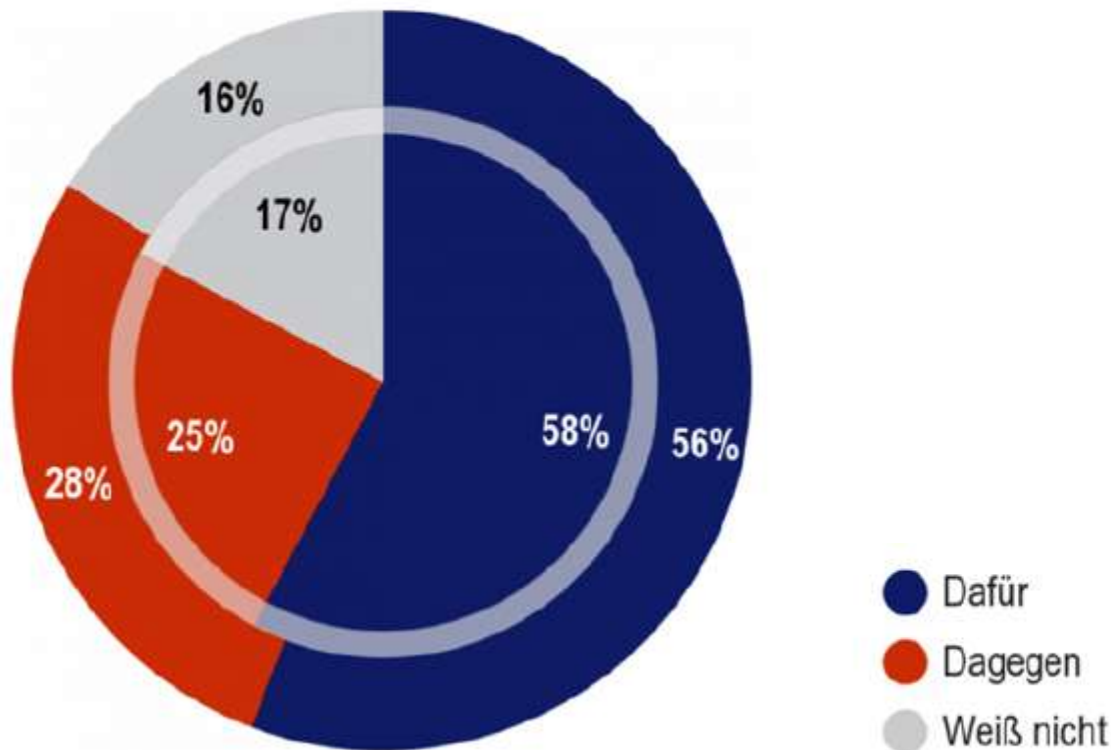
Wie schätzen die Menschen TTIP insgesamt ein?

Gesamteinschätzung: Europäer sind mehrheitlich für TTIP

QA18.5. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen?

Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

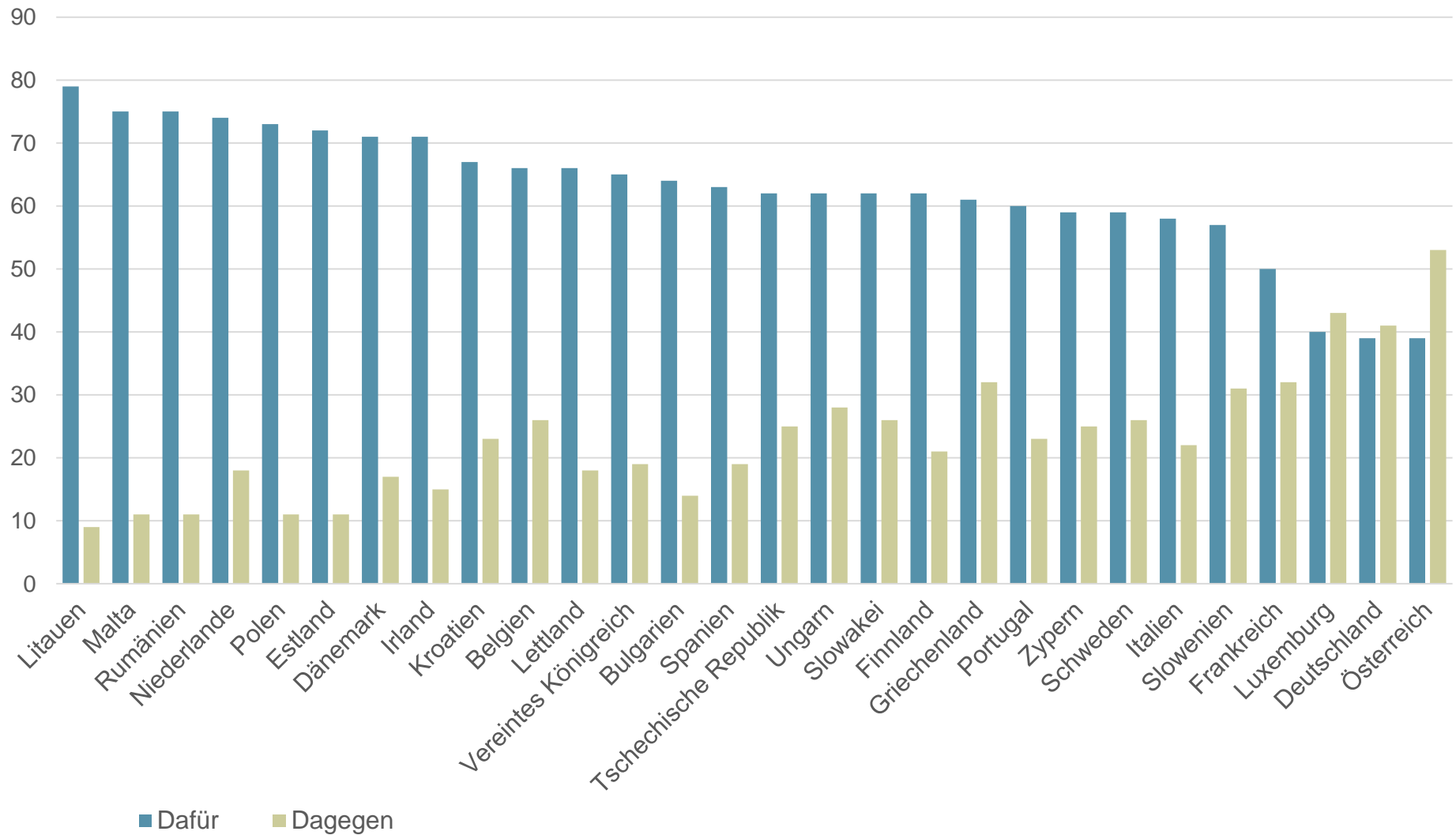
Ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA



Innerer Kreis : EB82 Hbt.2014

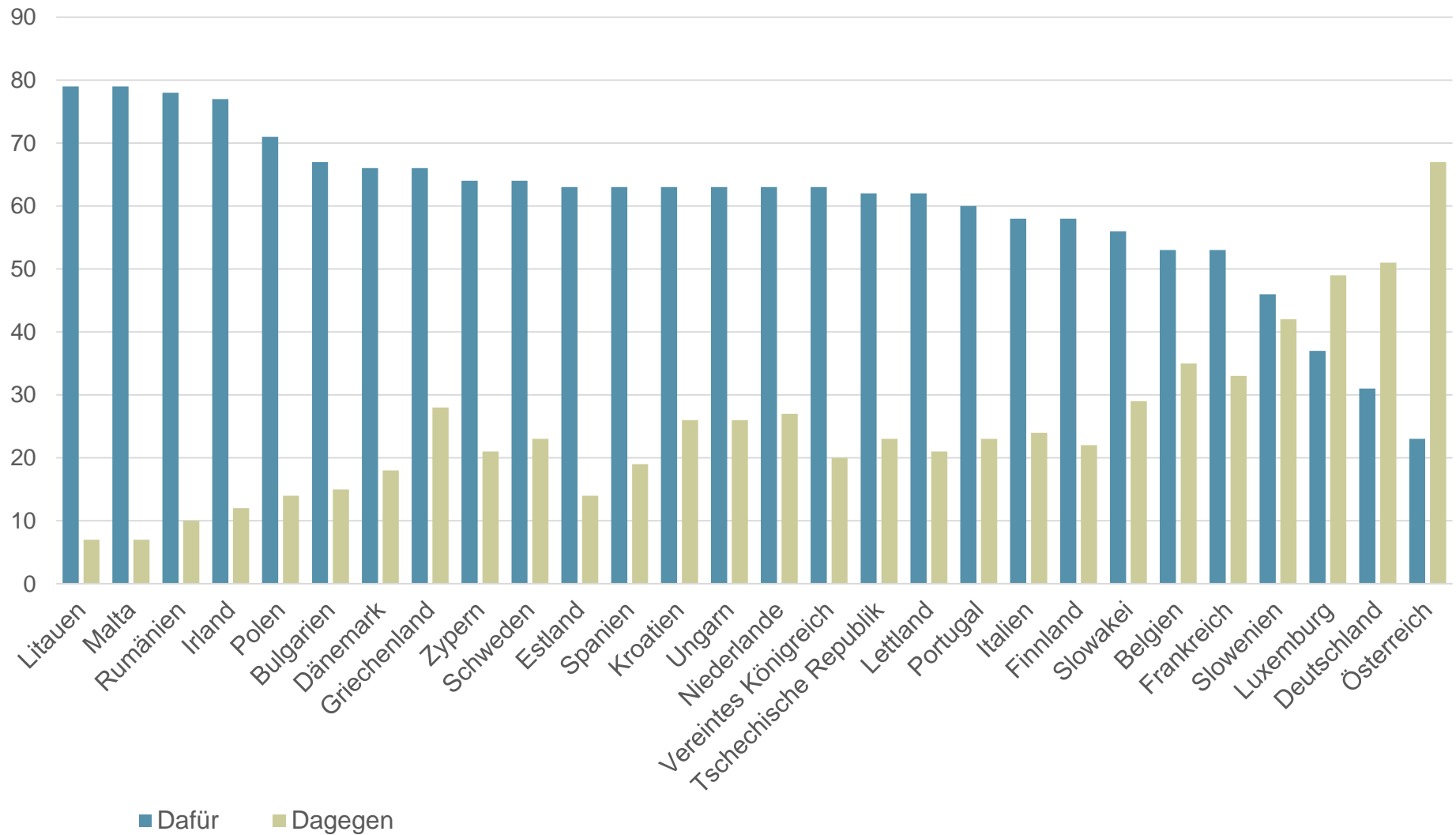
Äußerer Kreis : EB83 Fr.2015

Nur in 3 Ländern ist die Mehrheit gegen TTIP



■ Dafür ■ Dagegen

Nur in 3 Ländern ist die Mehrheit gegen TTIP



Fazit und Ausblick

- TTIP hat langfristig **positive ökonomische Effekte** für USA und alle 28 EU-Länder:
 - geringere Preise = höhere Kaufkraft,
 - höheres reales BIP je Einwohner,
 - höhere Beschäftigung.
- EU und Bundesregierung versprechen, dass **erreichte Schutzstandards** (Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz, Arbeitsschutz, Umweltschutz, öffentliche Daseinsvorsorge) **nicht abgesenkt** werden.

- TTIP hat langfristig **positive ökonomische Effekte** für USA und alle 28 EU-Länder:
 - geringere Preise = höhere Kaufkraft,
 - höheres reales BIP je Einwohner,
 - höhere Beschäftigung.
- EU und Bundesregierung versprechen, dass **erreichte Schutzstandards** (Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz, Arbeitsschutz, Umweltschutz, öffentliche Daseinsvorsorge) **nicht abgesenkt** werden.

Wenn dieses Versprechen gehalten wird,
ist TTIP ein gutes Abkommen,
das Wachstum und Beschäftigung stärkt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Thieß Petersen
Programm „Nachhaltig Wirtschaften“
Tel.: 0 52 41- 81- 81 218
E-Mail: thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Quellenangaben zu den genannten 4 Studien

- Felbermayr, Gabriel et al (2013): Dimensionen und Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA - Zusammenfassung, Studie im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie, 8. Februar 2013, München (= ifo für BMWi 2013).
- Centre for Economic Policy Research (2013): Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment – An Economic Assessment, London (= CEPR für EU 2013).
- Felbermayr, Gabriel et al (2014): Macroeconomic Potentials of Transatlantic Free Trade: A High Resolution Perspective for Europe and the World, CESifo Working Paper No. 5150, München.
- Egger, Peter, et al (2014): Non-Tariff Barriers, Integration, and the Transatlantic Economy, Juni 2014, o.O., Ergebnisse zitiert nach: Felbermayr, Gabriel, et al. (2015): Mögliche Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf Entwicklungs- und Schwellenländer, Studie des ifo Instituts gemeinsam mit dem IAW Tübingen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Endbericht zum 21.1.2015, München, hier: S. 35.